

1 **Landesparteitag**
2 **Bündnis 90/Die Grünen Saar**
3 **02. September 2018**
4 **Dillingen Stadthalle**

5
6 **Unsere Leitlinien für lebenswerte Kommunen**
7

8 **In knapp einem Jahr können die Saarländerinnen und Saarländer durch die Wahlen zu den**
9 **Volksvertretungen auf kommunaler Ebene über das zukünftige Leben in ihren Städten und**
10 **Dörfern entscheiden.**

11
12 Dabei spielen zentrale kommunale Themen eine wichtige Rolle. Hierzu gehören: die Sicherstellung
13 gleichwertiger Lebensverhältnisse, die soziale Daseinsvorsorge, der Ausbau der technischen
14 Infrastruktur, Bauen und Wohnen, der Schutz von Natur und Umwelt, Bildung und Betreuung,
15 insbesondere aber die finanzielle Situation und Schuldenproblematik der Kommunen.

16
17 **Schwierige Haushaltssituation überschattet Kommunalwahlen**
18

19 Die Kommunalwahlen werden von einer existenzbedrohenden Haushaltssituation vieler
20 saarländischer Kommunen überschattet, die die politischen Gestaltungsspielräume der Stadt- und
21 Gemeinderäte zunehmend einschränkt. Die Kommunen im Saarland waren laut den letzten
22 Informationen des Statistischen Bundesamtes aus dem Jahr 2016 die am höchsten verschuldeten in
23 Deutschland. Die Pro-Kopf-Verschuldung betrug 6.894 Euro - im Schnitt lag die kommunale Pro-Kopf-
24 Verschuldung in Deutschland bei 3.509 Euro. Der deutschlandweit am stärksten verschuldete
25 Gemeindeverband war der Regionalverband Saarbrücken mit 9.145 Euro. Die bundesweit niedrigsten
26 Ausgaben für Investitionen tätigten die Kommunen in unserem Land. Sie lagen mehr als 50 Prozent
27 unter dem Flächenländerdurchschnitt. In der Summe der Jahre 2015 und 2016 waren die Pro-Kopf-
28 Investitionen z.B. in Bayern drei Mal höher als jene im Saarland. Zusätzlich entfallen gut 60 Prozent
29 der Verschuldung auf Kassenkredite. Kassenkredite sollten der gesetzlichen Bestimmung nach
30 lediglich der kurzfristigen Überbrückung von Liquiditätsengpässen dienen. Sie sollten im Regelfall
31 kurze Laufzeiten aufweisen. Tatsächlich haben sich die Kassenkredite in vielen saarländischen
32 Kommunen zum dauerhaften Finanzierungsinstrument entwickelt. Die Folge sind zum einen sinkende
33 Gestaltungsspielräume, zum anderen wachsende Zinsrisiken.

34
35 **Kommunale Selbstverwaltung verkommt zunehmend zur Farce**
36

37 Vor diesem Hintergrund verkommt das verfassungsrechtlich garantierte Prinzip der kommunalen
38 Selbstverwaltung im Saarland zunehmend zur Farce. Hinzu kommen die massiven Folgen für die
39 kommunale Daseinsvorsorge. Statt die Schuldenproblematik endlich dauerhaft zu lösen, den
40 Kommunen politischen, finanziellen und strukturellen Handlungsspielraum zurückzugeben, verliert
41 sich die Landesregierung in dem unzulänglichen Konzept einer sogenannten „Saarland-Kasse“. Die
42 hierfür vorgesehenen Mittel zur Tilgung der Kassenkredite hochverschuldeter Kommunen kommen

43 aus dem Bund - Länder - Finanzausgleich und stehen den Kommunen ohnehin zu. Eine zentrale
44 Verwaltung und Vergabe bedeutet zudem einen unzulässigen Eingriff in die verfassungsrechtlich
45 garantierte Finanzautonomie der Kommunen.

46 Die Idee der „Saarland-Kasse“ zur Entlastung der Kommunen von den Kassenkrediten ist auch
47 deshalb zu kurz gegriffen, da diese Entlastung keine strukturellen und nachhaltigen Verbesserungen
48 generiert. Hinzu kommt eine Benachteiligung derjenigen Kommunen, die entweder schuldenfrei sind
49 oder bereits erhebliche Sparbeiträge geliefert haben.

50

51 **Lebenswerte Kommunen brauchen angemessene Finanzierung**

52

53 Unser Ziel sind lebenswerte Städte und Gemeinden, die ihren Aufgaben adäquat zum Wohl ihrer
54 Einwohnerinnen und Einwohner nachkommen können. Dafür braucht es starke Kommunen mit
55 angemessener Finanzausstattung. An einer umfassenden und zügigen Lösung der Finanzprobleme
56 führt kein Weg vorbei, da die finanzielle Situation der Kommunen das entscheidende Kriterium zur
57 Aufgabenerfüllung ist. Unabdingbar dazu ist die Einrichtung eines Altschuldentilgungsfonds.

58 Bund und Land dürfen sich nicht weiter aus der Verantwortung für angemessene Kommunalfinanzen
59 stehlen. Zugleich sind Bund und Land in der Verantwortung, die entsprechenden gesetzlichen
60 Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Kommunalpolitik für die Menschen in der Stadt und
61 Gemeinde zu setzen. Ob bei der Sozialgesetzgebung, der Landesentwicklungsplanung oder
62 unmittelbar bei der Kommunalverfassung.

63

64

65 **Grüne Leitlinien für lebenswerte Kommunen**

66

67 **1. Gleichwertige Daseinsvorsorge und Sicherheit**

68

69 Überall im Saarland benötigen die Menschen gleiche Chancen und Möglichkeiten, an unserer
70 Gesellschaft teilzuhaben. Dies gilt gleichermaßen für das ländliche Nordsaarland, den Blies- und
71 Saargau, die Ballungsgebiete zwischen Dillingen, Saarbrücken und Neunkirchen/Homburg. Es geht
72 dabei um ein attraktives und wohnortnahes Kita- und Schulangebot, gute Einkaufsmöglichkeiten,
73 sichere Arbeitsplätze, attraktive Sport- und Kultureinrichtungen bis hin zu guter Mobilität, moderner
74 Gesundheitsversorgung und schneller Internetanbindung. Dies alles entscheidet wesentlich über die
75 Lebensqualität vor Ort und über die Zukunft des Landes insgesamt. Für lebenswerte Regionen, in
76 denen Familien, junge und alte Menschen gleichermaßen zuhause sind, müssen wir Ökologie,
77 Ökonomie und Soziales zusammen denken und planen.

78

79 **Wir fordern daher u.a.:**

80

- 81 • im neuen Landesentwicklungsplan die anstehenden Herausforderungen endlich anzupacken
82 und nachhaltige Lösungen aufzuzeigen, insbesondere für den demografischen Wandel, den
83 starken Flächenverbrauch und die dramatische Verödung zahlreicher Stadt- und Ortskerne;
- 84 • lebenswerte und vitale Stadtzentren, statt Einkaufszentren in die Innenstadt oder großflächige
85 Fachmärkte auf der grünen Wiese;
- 86 • Vorrang der Innenverdichtung vor neuen Wohn- und Gewerbegebieten mit dem Ziel
87 kompakter, durchmischter Siedlungen der kurzen Wege;

- 88
- 89
- 90
- 91
- 92
- 93
- 94
- 95
- 96
- 97
- mehr sozialen Wohnungsbau in den Städten, keine Neubauförderung in von Leerstand betroffenen Regionen, sowie einen Vorrang der Sanierung vor Neubaumaßnahmen;
 - den flächendeckenden und gleichwertigen Ausbau der digitalen Infrastruktur;
 - ein umfassendes Konzept für die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung im ländlichen Raum;
 - die Beibehaltung von Polizeiposten und B-Inspektionen in den von Schließung betroffenen Kommunen als feste Anlaufstellen für die Bürgerinnen und Bürger;
 - eine Erhöhung der Anzahl der Kontaktpolizistinnen und -polizisten, die in direkter Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern stehen, zur Verbesserung des subjektiven Sicherheitsgefühls.

98

99

100 **2. Nachhaltige Finanz- und Haushaltspolitik**

101

102 Die finanzielle Lage der saarländischen Kommunen spitzt sich weiter zu. Zahlreiche Städte und
103 Gemeinden sind kaum noch in der Lage, ihre Verpflichtungen zur Daseinsvorsorge gegenüber ihren
104 Einwohnerinnen und Einwohnern zu erfüllen, geschweige denn freiwillige Ausgaben zu leisten. Statt
105 nachhaltige Zukunftsinvestitionen, wie z.B. in Bildung, Mobilität und Infrastruktur vorzunehmen, leiden
106 die Kommunen im Saarland unter einer dauerhaften Finanznot.

107

108 Der Gestaltungsspielraum der Städte und Gemeinden wurde in den vergangenen Jahren mehr und
109 mehr eingeschränkt, die verfassungsrechtlich garantierte Finanzautonomie ausgehöhlt und damit
110 auch die kommunale Selbstverwaltung zunehmend in Frage gestellt. Dringend notwendig ist
111 stattdessen mehr politischer und finanzieller Spielraum für zukunftsweisende Ideen, die unsere
112 Kommunen voranbringen, insbesondere in den Bereichen Mobilität, Umwelt- und Naturschutz und
113 ebenso den kulturellen Angeboten.

114

115 **Wir fordern daher u.a.:**

116

- 117
- 118
- 119
- 120
- 121
- 122
- 123
- 124
- 125
- 126
- einen Altschuldentilgungsfonds von Bund und Land;
 - eine Bilanzierung aller kommunalen Schulden sowie eine Bilanzierung des kommunalen Sanierungsstaus;
 - den Abbau von Doppelstrukturen in den Verwaltungen;
 - den Ausbau der kommunalen Gemeinschaftsarbeit;
 - die Entlastung der Kommunen von den weiter steigenden Sozialausgaben;
 - eine effektivere staatliche Finanzaufsicht, insbesondere die Überführung der überörtlichen Prüfung vom Landesverwaltungsamt zum unabhängigen Rechnungshof;
 - Kultur als kommunale Pflichtaufgabe mit einer entsprechenden finanziellen Ausstattung durch das Land.

127

128

129

130 **3. Umwelt-, Natur- und Tierschutz - Präventiver Hochwasserschutz**

131

132 Die Kommunen müssen ihrer Verantwortung für den Umwelt-, Natur- und Tierschutz besser gerecht
133 werden. Eine zentrale Aufgabe dabei ist der Klimaschutz durch nach-haltige Erzeugung von Energie,
134 Energieeinsparmaßnahmen sowie einem effizienten Umgang mit den Energieträgern.

135

136 Die durch den Klimawandel verursachten Starkregenereignisse und Hochwasserschäden sind
137 besorgniserregend. Die davon betroffenen Bürgerinnen und Bürger brauchen eine schnelle und
138 unbürokratische Hilfe durch das Land und die Kommunen. Da solche Ereignisse in Zukunft öfters
139 auftreten werden, sind entsprechende Präventionsmaßnahmen auf Landes- und kommunaler Ebene
140 dringend erforderlich.

141

142 **Wir fordern daher u.a.**

143

- 144 • den Ausbau der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen im Bereich der
- 145 Energieversorgung;
- 146 • die energetische Sanierung aller kommunalen Gebäude;
- 147 • einen Hochwasserschutz - Fonds zur Unterstützung der Kommunen auf Landesebene;
- 148 • Starkregenkonzepte der Kommunen mit Unterstützung des Innen- und Umweltministeriums;
- 149 • Renaturierungsmaßnahmen von Bächen und Flüssen sowie Auenschutzprogramme;
- 150 • Förderung des ökologischen Landbaus;
- 151 • den Erhalt bzw. die Verbesserung der biologischen Vielfalt, insbesondere vor dem
- 152 Hintergrund des dramatischen Bienen- und Insektensterbens;
- 153 • einen vorbildlichen Umgang mit öffentlichen Flächen innerhalb und außerhalb des
- 154 Siedlungsbereiches (Pestizidfreiheit, Anlage von Blühflächen);
- 155 • den Schutz der Oberflächengewässer sowie des Grund- und Trinkwassers;
- 156 • den nachhaltigen Verzicht auf einen Grubenwasseranstieg, wie er von der RAG geplant ist
- 157 und ein dauerhaftes Abpumpen des Grubenwassers;
- 158 • eine Vorbildfunktion bei der Bewirtschaftung des Bürgerwaldes wahrzunehmen und den Wald
- 159 nicht weiter vorrangig als Einnahmequelle zu betrachten;
- 160 • keine Wildtierhaltung in Zirkussen sowie die Verbesserung der Haltungsbedingungen von
- 161 Zootieren.

162

163

164 **4. Moderne Mobilitätskultur**

165

166 Mobilität ist ein wichtiger Pfeiler unserer modernen Gesellschaft. Wir brauchen eine leistungsfähige
167 Verkehrsinfrastruktur für urbane und für ländliche Räume. Das Verkehrssystem muss so umgebaut
168 werden, dass die Verkehrswege durch die Zusammenführung von Wohnen, Arbeiten und Freizeit
169 kürzer werden. Herzstücke sind dabei ein kostengünstiger öffentlicher Personennahverkehr sowie
170 eine gute Fahrradinfrastruktur. Darüber hinaus muss Schritt für Schritt eine konsequente
171 Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderung hergestellt werden.

172 **Wir fordern daher u.a.**

173

- 174 • einen echten Mobilitätsverbund für das Saarland mit einem integralen Taktfahrplan
- 175 („Saarland-Takt“) sowie attraktive Verkehrsverbindungen im ländlichen Raum;
- 176 • ein nutzerfreundliches und preiswertes Tarifsysteem mit dem Grundprinzip „eine Kommune
- 177 gleich eine Wabe“ sowie ergänzend einen Luftlinientarif;
- 178 • barrierefreie Haltestellen und Einstiegsmöglichkeiten in Busse und Bahnen;
- 179 • konsequente kommunale Kontrollen zur Freihaltung von zugeparkten Geh- und Radwegen
- 180 zum Schutz von Fußgängern und Menschen mit Kinderwagen sowie Rollstuhlfahrern;
- 181 • die Umsetzung des Radverkehrsplans von 2011 mit einem deutlichen Ausbau der
- 182 Radverkehrsinfrastruktur;
- 183 • die Förderung des Alltagsradverkehrs, inklusive einer uneingeschränkten ganztägigen
- 184 Radmitnahme in der Bahn;
- 185 • den Verzicht auf ökologisch und ökonomisch unsinnige Straßenprojekte wie die B 423 neu
- 186 bei Homburg oder die diskutierte Nordumfahrung von Merzig.

187

188

189 **5. Bildung und Betreuung - Familienfreundlichkeit und Gleichberechtigung**

190

191 Gute Bildungs- und Betreuungsangebote sind nicht nur wichtig für die Zukunft unserer Kinder, sie

192 sind auch attraktive Standortfaktoren für die Zukunft unserer Städte und Gemeinden.

193 Ein zentraler Punkt ist dabei die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Grüne Kommunalpolitik versteht

194 sich ebenso als geschlechtergerechte Politik quer durch alle Gremien und politischen Bereiche.

195

196 **Wir fordern daher u.a.**

197

- 198 • ein bedarfsdeckendes, qualitativ hochwertiges Kita-Angebot, das perspektivisch gebührenfrei
- 199 sein soll;
- 200 • den Erhalt eines flächendeckenden wohnortnahen Schulangebots, insbesondere der
- 201 Grundschulen;
- 202 • sowie den Ausbau der Jugendhilfe und dauerhafte Schulsozialarbeit an allen weiterführenden
- 203 Schulen;
- 204 • eine Verbesserung der Schulausstattung und die flächendeckende Umsetzung der digitalen
- 205 Bildung;
- 206 • mehr Frauen in kommunalen Führungspositionen;
- 207 • die Einführung von Gender Budgeting;
- 208 • Gewalt gegen Frauen als bislang unterschätztes Problem öffentlich zu thematisieren und
- 209 Frauenberatungsstellen und Frauenhäuser besser auszustatten.

210

211

212

213

214 **6. Internationalität - Integration**

215

216 Im Herzen Europas leben die saarländischen Unternehmen vom internationalen Handel und
217 ausländischen Investitionen. Dies prägt das Bild der Kommunen durch eine Vielzahl an Ein- und
218 Auspendlern sowie Mitbürgerinnen und Mitbürger mit ausländischen Wurzeln. Diese Weltoffenheit gilt
219 es als Chance zu begreifen – gleichzeitig stellt sie die Kommunen mit ihrer Integrationsarbeit vor
220 große Herausforderungen.

221

222 **Wir fordern daher u.a.**

223

- 224 • die Diversität der Gesellschaft in der öffentlichen Verwaltung und in Bildungseinrichtungen
225 (Kitas, Schulen) stärker abzubilden;
- 226 • offizielle Sprachangebote auszubauen und besser auch mit denen ehrenamtlicher Vereine
227 abzustimmen;
- 228 • Unternehmen, insbesondere im Handwerk, die an der Ausbildung von Migrantinnen und
229 Migranten sowie anerkannten Flüchtlingen interessiert sind, zu
230 fördern;
- 231 • die Integration in das kommunale Vereins- und Kulturleben durch Anerkennung und finanzielle
232 Förderung besser zu unterstützen;
- 233 • bei der Erschließung neuen Wohnraums die Konzentration einzelner Bevölkerungsgruppen
234 mit Migrationshintergrund zu vermeiden und integrative Wohnraumkonzepte zu entwickeln.

235

236

237 **7. Starke Demokratie vor Ort**

238

239 Eine starke Demokratie in den Städten und Gemeinden lebt von der Akzeptanz und der Beteiligung
240 aller Bürgerinnen und Bürger. Die Menschen wollen mitreden, sich einmischen und die politischen
241 Entscheidungen aktiv mit beeinflussen und dies nicht nur am Wahltag, sondern auch während den
242 Wahlperioden. Die Elemente der direkten Demokratie müssen daher zu einem echten und fairen
243 Mitwirkungsrecht weiterentwickelt werden. Gerade dort, wo es um das unmittelbare Lebensumfeld
244 geht, in den Kreisen, Gemeinden und Städten, wird Demokratie als attraktive Chance zur Beteiligung
245 und Mitsprache spürbar.

246

247 **Wir fordern daher u.a.**

248

- 249 • die Absenkung des Wahl- und Abstimmungsalters auf 16 Jahre;
- 250 • ein Kommunalwahlrecht und Mitwirkungsrechte für alle Einwohnerinnen und Einwohner, d.h.
251 auch für ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger;
- 252 • Bürgerbegehren und Bürgerentscheide zu einem echten Mitwirkungsinstrument zu machen,
253 d.h. bestehende gesetzliche Hürden abzubauen, Briefwahl und freie
254 Unterschriftensammlungen zuzulassen und den umfangreichen Negativkatalog einer
255 kritischen Prüfung zu unterziehen.